

Die besten Indizien sind manchmal diejenigen, die nebenbei anfallen. Seymour Hersh berichtet in seiner kürzlich erschienenen Recherche über die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines<sup>1</sup>, die US-Administration sei bereits im Herbst 2021 beunruhigt gewesen wegen der Möglichkeit, dass bei einer Betriebsfähigkeit der Leitung die deutsche Bundesregierung womöglich unwillig sein würde, die Ukraine »politisch und militärisch zu unterstützen«. Also muss sie damals schon in Rechnung gestellt haben, dass diese Unterstützung – auch militärisch – erforderlich sein würde.

Eine Recherche der *Washington Post* vom August 2022 über »den Weg in den Krieg« bestätigt diese Vermutung.<sup>2</sup> Demnach hatten US-Geheimdienste seit dem Frühjahr 2021 von Agenten im russischen Machtapparat Informationen darüber zugespielt bekommen, dass Wladimir Putin eine »großangelegte Invasion in der Ukraine« plane. Russlands Ziel sei, »Kiew und den größeren Teil des Landes zu erobern und nur einen ukrainischen Rumpfstaat im Westen bestehen zu lassen«. Im November 2021 habe Präsident Joseph Biden eigens CIA-Chef William Burns nach Moskau entsandt, um Wladimir Putin mit den Erkenntnissen der US-Dienste zu konfrontieren und ihm »ernsthafte Konsequenzen« anzudrohen, wenn er ins Nachbarland einmarschieren würde. Es kam nur zu einem Telefongespräch zwischen Burns und Putin, bei dem letzterer »seine üblichen Schmähreden über die Ukraine, die Expansion der NATO und die Person des ukrainischen Präsidenten« geführt habe. 2022 berichtete Burns der *Washington Post*, die Anzeichen seien »uneindeutig« gewesen, aber sein Gefühl, dass etwas Ungutes im Gange sei, habe sich im Ergebnis des Besuchs verstärkt.

### Den Frosch langsam kochen

Auch andere Quellen in Washington gaben im Spätherbst 2021 zu verstehen, dass die Informationen aus Russland keinen eindeutigen Schluss zuließen, was Russland beabsichtige.<sup>3</sup> Das wiederum lässt die Folgerung zu, dass am weiteren Verlauf auch die USA nicht unbeteiligt waren; ganz im Einklang mit Bidens Programm, anders als Amtsvorgänger Donald Trump mit seiner angeblichen »Duldsamkeit« gegenüber Moskau die Russland-Politik der USA zu verschärfen. Das kristallisierte sich in Richtlinien von Generalstabschef Mark Milley vom Oktober 2021 heraus, wie die USA im Falle einer Invasion vorgehen sollten: einerseits den Anschein zu vermeiden, die USA strebten eine direkte militärische Konfrontation mit Russland an, und andererseits den antizipierten Krieg auf die geographischen Grenzen der Ukraine zu beschränken<sup>4</sup> – was impliziert, dass die USA eben auch Subjekt der künftigen Vorgänge sein würden. Später ist dies von den immer wieder gern zitierten »hohen US-Beamten« in die Metapher gekleidet worden, der russische »Frosch« solle »langsam gekocht« werden – durch eine stufenweise Eskalation, von deren einzelnen Elementen keines Russland den Vorwand liefern sollte, die Auseinandersetzung in ihrer ganzen Härte anzunehmen. So sah es im November 2022 auch die in Kiew erscheinende englischsprachige Zeitung *Kyiv Post*: »Die US-Politik in Sachen Waffenlieferungen scheint dieser Strategie des langsamen Köchelns zu folgen: Während Washington weiterhin entscheidende Waffensysteme liefert, hat es sich bisher geweigert, Flugzeuge, Panzer oder Langstreckenraketen zu liefern. Denn diese würden das Offenkundige allzu deutlich machen: dass Russland nicht nur mit von der NATO trainierten ukrainischen Soldaten kämpft, sondern auch gegen Waffen der NATO.«<sup>5</sup>

Gleichzeitig intensivierten die USA ihre Rückendeckung für ukrainische Pläne, auch eine militärische Variante der »Deokkupierung« der »zeitweilig besetzten« Landesteile Krim und Donbass ins Auge zu fassen. So war eine Richtlinie des ukrainischen Sicherheitsrats betitelt, die der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskiy im März 2021 in Kraft gesetzt hatte. Im August folgte ein Rahmenabkommen zwischen Kiew und Washington über militärische Zusammenarbeit – die ohnehin bereits seit den 1990er Jahren andauert –, und wenige Tage nach dem Burns-Besuch in Moskau kam noch ein Abkommen über »Strategische Partnerschaft« obendrauf. Darin heißt es: »Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, die Bemühungen der Ukraine zur Bekämpfung der



Als man sich noch zur vorgeblichen Verständigung traf und die Welt im Blick hatte: US-Präsident Joseph Biden und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin am 16.

# Ein Ende nicht absehbar

Ein Jahr nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs stehen der Hauptprofiteur und die Hauptverlierer: Die USA, letztere die Ukraine. **Von Reinhard Lauterbach**

bewaffneten Aggression Russlands zu unterstützen, unter anderem durch die Aufrechterhaltung von Sanktionen und die Anwendung anderer relevanter Maßnahmen bis zur Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.«<sup>6</sup> Der Oldenburger Konfliktforscher Leo Ensel bilanzierte: »Russland konnte das so verstehen, Kiew wolle mit Unterstützung der USA die annektierte und Russland-freundliche Krim mit dem strategisch wichtigen Militärhafen Sewastopol sowie den von Russland unterstützten Donbass militärisch zurückerobern.«<sup>7</sup>

Russland reagierte aber nicht nur mit den »üblichen Schmähreden«, an die sich William Burns für die *Washington Post* erinnerte, sondern auch mit einem erkennbar letztmaligen Verhandlungsangebot<sup>8</sup>: beide Seiten sollten in einem Vertrag die dauerhafte Neutralität der Ukraine garantieren, und die NATO ihre Expansion in die Ukraine und weitere ehemalige Sowjetrepubliken unterlassen. Es wäre das erste Mal gewesen, dass Russland die NATO-Mitgliedschaft der ab 1999 in mehreren Wellen aufgenommenen Staaten Ostmitteleuropas – nach dem Wortlaut des Vorschlags mit Ausnahme des Baltikums, aber darüber hätte man vermutlich verhandeln können – zumindest de facto anerkannt hätte.

Aber solche Verhandlungen waren auf der NATO-Seite nicht vorgesehen. Übrigens von Anfang des Ukraine-Konflikts an nicht. Das belegte keine Geringere als Angela Merkel mit ihrer Aussage vom Dezember 2022, wonach die Abkommen von Minsk aus den Jahren 2014 und 2015 nur Finten gewesen seien, um der Ukraine Zeit für

die Neuaufstellung ihrer Armee – also die Wiederaufnahme des Krieges – zu verschaffen.<sup>9</sup> Auf dem Außenministertreffen der NATO im Januar 2022 wiederholten deren Generalsekretär Jens Stoltenberg und US-Präsident Biden das Mantra: Die »Politik der offenen Tür« bleibe unverändert, und jedes Land habe das Recht, dem Bündnis beizutreten, ohne dass Dritte dabei mitzureden hätten. Mit anderen Worten: keinerlei Konzessionsbereitschaft. Mit Rückendeckung auch aus dem offiziellen Berlin. Die aus dem Etat des Bundeskanzleramts finanzierte »Stiftung Wissenschaft und Politik« sprach von einer »russischen Verhandlungsoffensive« und dem Versuch, »die NATO zu spalten und die Ukraine unter Druck zu setzen. Washington und die europäischen Verbündeten sollten jedoch nur Vorschläge verhandeln, die das Bündnis sowie die Souveränität der postsowjetischen Partnerstaaten nicht in Frage stellen.«<sup>10</sup>

### Selenskijs Provokation

Von da an dürften die Entwicklungen auch auf der russischen Seite eine Eigendynamik gewonnen haben. Mitte Februar 2022 sprach sich die Staatsduma auf Antrag der Fraktion der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation dafür aus, den Status der jahrelang in einem politischen Schwebezustand gehaltenen »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk durch deren diplomatische Anerkennung zu stabilisieren. Das war die unmittelbare Reaktion darauf, dass die ukrainische Armee den Beschuss der Städte in den Volksrepubliken seit Anfang Februar intensiviert hatte. Die damals noch in der Region vertretene OSZE-Beobachtermission notierte

etwa für den 18. Februar eine Vervierfachung der Verstöße gegen die Waffenruhe gegenüber dem Vortag: von 154 auf 591.<sup>11</sup> In Russland wurde dies als Artillerievorbereitung vor einer befürchteten Großoffensive des Kiewer Militärs wahrgenommen. Wenige Tage darauf kam Wladimir Putin der Aufforderung aus dem Parlament nach – auch wenn die wahrscheinlich bestellt war – und sprach die diplomatische Anerkennung der »Volksrepubliken« aus, während Wolodimir Selenskiy am selben Wochenende auf der Münchener »Sicherheitskonferenz« darüber räsonierte, dass die Ukraine nur mit eigenen Atomwaffen – oder entsprechenden Sicherheitsgarantien vonseiten des Westens – ihrer territorialen Integrität sicher sein könne.<sup>12</sup> Es ist nicht anzunehmen, dass Selenskiy dies ohne vorherige Absprache mit den USA geäußert hat, zumal aus Washington auch keinerlei Widerspruch zu hören war. Was Selenskiy da verlangte, war eine offenkundige Provokation, zumal sein Verlangen nach automatischen Sicherheitsgarantien mehr war, als der Artikel 5 des NATO-Vertrags festlegt: Dort steht nämlich, anders als oft behauptet, nichts von einem Beistandsautomatismus, sondern nur, dass jede der Vertragsparteien »unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet.«<sup>13</sup> Das lässt einen Ermessensspielraum offen.

Man muss es leider sagen: Selenskijs Provokation ging auf. Drei Tage später bezog sich Wladimir Putin in seiner Fernsehansprache zum Beginn des Krieges genau auf diesen Auftritt des ukrainischen Präsidenten in München. Das legt die Vermutung



Juni 2021 in Genf

## rleidtragende fest. Ersterer

nahe, dass die Entscheidung, den Krieg tatsächlich zu führen, relativ kurzfristig getroffen wurde. Was nicht bedeutet, dass die entsprechenden Planungen nicht schon erheblich früher begonnen haben müssen. Von der militärtechnischen Seite her spätestens seit dem russisch-belarussischen Herbstmanöver »Sapad« im September 2021. Politisch ohnehin seit langem. Schon 2008 zitierte der britische *Guardian* den Chef der Kommunistischen Partei der Ukraine auf der Krim, Leonid Gratsch, mit den Worten: »Wenn (der damalige ukrainische Präsident Wiktor, R. L.) Juschtschenko Russland zum Feind erklärt, wird die Krim das nicht akzeptieren. Es wird das Zerbrechen der Ukraine und einen Krieg bedeuten – und vielleicht sogar einen Weltkrieg.«<sup>14</sup> Es klang damals wie Großsprecherei eines Provinzpolitikers, aber es war genau das Szenario, das Anfang 2014 nach dem Staatsstreich in Kiew eintrat. Gleichzeitig hat Russland offenbar noch lange versucht, einen Krieg gegen und um die Ukraine zu vermeiden. Einen bisher wenig beachteten Hinweis lieferte Ende 2022 die *New York Times*. Sie zog in einer größeren Recherche Parallelen zwischen der Affäre um die angeblichen Russland-Connections von Expräsident Donald Trump und dem russischen Angriff auf die Ukraine. Im Sommer 2016 sei nämlich, wie die Ermittlungen des US-Senats in der Trump-Affäre ergeben hätten, ein russischer Emissär namens Klimnik nach New York gereist, um dem unter anderem für Trump tätigen Lobbyisten Paul Manafort ein Angebot zur Beendigung des Donbass-Konflikts zu machen: die abtrünnigen Gebiete Donezk und Lugansk – plus die zum Gebiet Donezk gehörende Hafenstadt Mariupol, die die Aufständischen im Frühjahr 2014 nicht hatten

erobern können – sollten zu einer autonomen Region innerhalb der Ukraine werden, mit dem 2014 aus Kiew geflohenen Expräsidenten Janukowitsch als Regierungschef.<sup>15</sup>

### Illusionen in Moskau

Der Vorschlag, wenn es ihn tatsächlich gegeben haben sollte, zeigt freilich auch, wie viele Illusionen zur Lage in der Ukraine in Moskau offenbar gehegt wurden. Schließlich musste dort gut bekannt sein, dass der Aufstand vom Frühjahr 2014 im Donbass sich aus zwei Quellen gespeist hatte: der Ablehnung des »Euromaidan« und seines politischen Westkurses, aber auch der Zurückweisung des Anspruchs von Wiktor Janukowitsch, das ostukrainische Industriegebiet politisch zu vertreten. Diesen Mann der Bevölkerung in den Republiken zwei Jahre später nochmals unterschieden zu wollen, war erkennbar nicht auf eine Akzeptanz in seinem geplanten Herrschaftsgebiet orientiert, sondern darauf, ob sich Kiew und/oder die USA mit dieser Lösung arrangieren würden. Es war nicht die einzige Moskauer Illusion. Noch in seiner Kriegseröffnungsrede wiederholte Putin ein zentrales Versatzstück seiner politischen Vorstellungswelt: Die Ukraine sei keine Nation, sondern ein künstlich abgespaltener Teil des russischen Volkes, gar ein Produkt der Leninschen Nationalitätenpolitik, mit der diese Nation erst erfunden worden sei. Ein zutiefst ahistorisches Argument, mit dem er versuchte, das Verhältnis beider Völker ins frühe 19. Jahrhundert – also in die Zeit vor der Entstehung der modernen Nationalismen – zurückzusetzen, und mit dem er insbesondere ignorierte, dass die Bolschewiki mit der Gründung der ukrainischen Sowjetrepublik genau in dem Teil Russlands, wo der Bürgerkrieg am längsten und blutigsten ausgefochten worden war, versucht hatten, einen historischen Kompromiss mit dem damals bereits in Erscheinung getretenen ukrainischen Nationalismus zu schließen: Weil sie ahnten, dass sie mit ihm ansonsten einen hartnäckigen Feind haben würden.

Man kann lange darüber spekulieren, warum die russischen Geheimdienste Putin mit so offenkundig unrealistischen Informationen versorgt haben. Die plausibelste Erklärung dürfte die sein, dass in einem hierarchischen System niemand gern Informationen weitergibt, die »oben« ungerne gesehen werden. Und/oder, dass die von russischer Finanzierung abhängigen Einflussorganisationen in der Ukraine die Auftraggeber über ihre wahre Schwäche täuschten, um die Zahlungen nicht zu verlieren. Als entscheidendes politisches Ergebnis des russisch-ukrainischen Krieges zeichnet sich jedenfalls jetzt schon ab, dass die politische Erzählung über Russen und Ukrainer als »Brudervölker« gegenstandslos geworden ist. Wenn sich zu Kriegsbeginn noch etwa 30 Prozent der befragten Ukrainer für »freundschaftliche« Beziehungen zu Russland aussprachen, brauchte es nur einen Monat, um diese Zahl auf einen niedrigen einstelligen Wert zu reduzieren. Dazu haben natürlich auch die inneren Repressionen in der Ukraine seit Kriegsbeginn beigetragen, aber die Tendenz ist unbestreitbar. Plausibel wird sie dadurch, dass sich das Kriegsgeschehen im wesentlichen auf die russischsprachigen Gebiete der Ost- und Süd-ukraine beschränkt hat, also genau diejenigen Ukrainer persönlich getroffen hat, die noch als am empfänglichsten für das russische Narrativ gelten konnten. Die Westukraine bekam den Krieg im Grunde erst zu spüren, als Russland im Oktober begann, auch dort Kraftwerke und Umspannstationen zu bombardieren. Wobei der von Russland erhoffte demoralisierende Effekt auf die ukrainische Zivilbevölkerung dem bisherigen Anschein nach nicht eintreten wird. Politisch wird man den jetzigen Krieg aus ukrainischer Sicht als Katalysator der Nationsbildung einschätzen müssen, der in wenigen Monaten erreichte, was den Nationalisten zuvor in dreißig Jahren nicht gelungen war: die Ukraine eindeutig antirussisch zu definieren. Womöglich auch ein Grund, warum sich die ukrainische Führung von westlichen Politikern so schnell überzeugen ließ, keine vorzeitigen Verhandlungsergebnisse zu akzeptieren: Die politisch erwünschte Entwicklung zur Erbfeindschaft sollte durch die Hand des Gegners unwiderruflich festgeklopft werden.

Ebenso erwies sich die russische Erwartung, die »militärische Spezialoperation« werde nach wenigen Tagen mit einer Parade auf dem Kiewer Chreschtschatik enden, als völlig verfehlt. Aus dieser Erwartung aber waren wichtige Teile der

russischen Operationsplanung abgeleitet worden: insbesondere der Umstand, dass die Truppen in fünf verschiedenen Stoßkeilen in die Ukraine vorrückten und dadurch in keiner Angriffsrichtung die nach einer militärischen Faustregel für einen erfolgreichen Angriff erforderliche drei- bis fünffache Überlegenheit erreichten.

Entsprechend miserabel verliefen für Russland die einzelnen Operationen, mit Ausnahme der im Süden der Ukraine, wo offenbar Teile der regionalen Eliten mit Russland kooperierten und etwa die Stadt Cherson kampflos übergaben. Die Vorstöße von Norden und Nordosten auf Kiew mussten dagegen nach einem Monat ohne entscheidende Ergebnisse und unter hohen Verlusten abgebrochen werden, im Gebiet Charkiw erzielte eine ukrainische Überraschungsoffensive im September weitreichende Erfolge, Cherson und Umgebung wurden im November von Russland geräumt – und nicht, wie im Westen behauptet, von der Ukraine »befreit« –, nachdem die Ukraine mit Hilfe von westlichen Raketenwerfern die Brücken über den Dnipro zerstört hatte. Videos aus den ersten Wochen des Krieges zeigen russische Fahrzeugkolonnen, die ohne jeden Flankenschutz an Waldrändern entlangfahren und auf ukrainischen Beschuss mit Panzerabwehrwaffen aus der Deckung der Bäume mit allen Anzeichen der Panik reagierten. Eine offenkundig verunsicherte und teilweise wohl auch marodierende Truppe reagierte mit Repressalien gegen die Zivilbevölkerung, die auch in Kriegsverbrechen umschlugen. Wobei daran zu erinnern ist, dass die Vorgänge etwa in der Kiewer Vorstadt Butscha nach wie vor nicht lückenlos aufgeklärt sind: Zwischen der Bekanntgabe der Rückeroberung der Stadt durch den ukrainischen Bürgermeister und dem Auffinden der Leichen von Zivilisten vergingen etwa 48 Stunden, von denen nicht genau bekannt ist, was passiert ist und wer die tot auf den Straßen gefundenen Menschen erschossen hat. Tötungen und Verstümmelungen von Gefangenen kamen offenbar auf beiden Seiten vor. Dass die ukrainischen Kämpfer sich etwa in Mariupol, aber auch jetzt in Bachmut in zivilen Wohnanlagen verschanzen und so russisches Feuer auf die eigenen Landsleute ziehen, ist hinreichend nachgewiesen. Den Preis für die Hartnäckigkeit, mit der ukrainische Truppen etwa Bachmut verteidigen, zahlen die verbliebenen Einwohner.

Eines der größten Geheimnisse ist die Zahl der Verluste auf beiden Seiten. Die ukrainische Seite spricht von inzwischen 140.000 gefallenen Russen – das ist mehr als dreimal soviel, als der für Sympathien mit Russland unverdächtige britische Nachrichtendienst zuletzt geschätzt hat. Keine der beiden Seiten macht Angaben über die eigenen Verluste, eine unabhängige Nachprüfung ist weder in der Ukraine noch in Russland vorgesehen und zieht in beiden Ländern das Risiko strafrechtlicher Ermittlungen nach sich.

### Profite und Schäden

Völlig offen ist zum jetzigen Zeitpunkt, wie dieser Krieg ausgehen wird. Westliche Stimmen sind nicht mehr so zuversichtlich wie noch im Herbst. Die militärische Initiative liegt derzeit bei Russland. Ob sich das westliche Ziel erreichen lässt, Russland in der Ukraine so weit zu schwächen, dass es künftig zu offensiven Operationen mit konventionellen Waffen nicht mehr in der Lage wäre, ist nicht ausgemacht. Nach wie vor ist die russische Seite zahlenmäßig und bei Waffengattungen wie der Artillerie überlegen, bei der Ukraine kommen dagegen nach und nach die modernen westlichen Waffen zum Tragen. Auch wenn deren Überlegenheit wohl auch von westlicher Seite gern übertrieben wird: Etwa wenn jetzt aus der Bundesrepublik und anderen Ländern seit Jahrzehnten eingemottete Panzer vom Typ »Leopard I« geliefert werden sollen. Anderes Rüstungsgut ist offenbar inzwischen so knapp, dass die Kapazitäten, es kurzfristig aus westlichen Depots an die Ukraine zu liefern, an ihre Grenzen stoßen. Und es gibt zwei weitere Gründe, warum sich auch die westliche Seite in vielen Fällen nicht besonders beeilt, ihre Zusagen umzusetzen. Der eine ist die in den USA kolportierte Befürchtung, der angekündigte »Abrams«-Panzer sei so innovativ, dass man befürchte, Russland könne, wenn es einen davon erbeute, der US-Wehrindustrie auf die Schliche kommen. Den anderen Grund nennt niemand besonders gern: Der Krieg ist immer auch eine »Kritik der Waffen«. Sollte sich herausstellen,

dass der hochgelobte »Leopard 2« doch nicht so gut ist, wie er beworben wird, könnte sich das ziemlich nachteilig auf künftige deutsche Waffenexporte auswirken.

Einstweilen kann sich freilich die westliche Rüstungsindustrie nicht beschweren. Sie wird mit Aufträgen förmlich zugeschüttet. Ganz vorne dran die der USA, die sich auch Hoffnungen macht, bei einem kriegsbedingten Ausfall der »Leopard«-Bestände in der Ukraine den Ersatzbedarf ihrer europäischen Verbündeten in Konkurrenz zu den deutschen Herstellern decken zu können. Dass die USA mit der mutmaßlich von ihnen verübten Sabotage von Nord Stream einen halben Kontinent nötigen konnten, ihnen ihr Frackinggas abzukufen, ist ein weiterer Aspekt bei der Bewertung, wem dieser Krieg nutzt. Wem er in erster Linie schadet, ist auch schon absehbar: der Ukraine, die über Jahre mit einem zerstörten Land und einer dezimierten Bevölkerung leben muss, und der EU, der die USA ebenso gern den Vortritt bei der Finanzierung des Wiederaufbaus lassen werden, wie sie es angesichts der damit verbundenen Eskalationsgefahr bei den Panzerlieferungen getan haben.

Auch die politischen Konditionen für ein Kriegsende bleiben nebelhaft. Der Westen verlangt Russlands vollständigen Rückzug aus der Ukraine; hin und wieder stellt jemand halblaut die Frage, ob dazu auch die Krim gehören sollte. Russland dagegen erwartet, dass der Westen die »neuen territorialen Realitäten« anerkenne, wofür es keinerlei Anhaltspunkte gibt. Die kalifornische Rand Corporation schrieb Anfang dieses Jahres, die USA sollten sich überlegen, wie sie eine Verhandlungslösung ermöglichen könnten. Dazu gehörten einerseits Sicherheitsgarantien für die Ukraine, andererseits aber auch Zusicherungen an Russland über die langfristige Neutralität des Landes.<sup>16</sup> Also genau das, was Inhalt der russischen »Verhandlungsoffensive« vom Dezember 2021 war. Indessen warnen die Autoren: Eine Wende in der Haltung der USA sei kurzfristig weder innenpolitisch noch gegenüber den Verbündeten durchsetzbar. Aber langfristig werde Washington nicht darum herumkommen. »Denn ein lange hingezogener Krieg würde noch größere Herausforderungen an die USA, die Ukraine und den Rest der Welt stellen.«<sup>17</sup> Eine alte Militärweisheit sagt es kürzer: Es ist einfacher, einen Krieg zu beginnen, als ihn zu beenden.

### ■ Anmerkungen

- <https://seymourhersh.substack.com/p/how-america-took-out-the-nord-stream>
- Kurzfassung hier: <https://www.washingtonpost.com/national-security/2022/08/16/ukraine-road-to-war-takeaways/>
- <https://edition.cnn.com/2021/11/05/politics/bill-burns-moscow-ukraine/index.html>
- Samuel Charap, Miranda Priebe: Avoiding a Long War. U.S. policy and the trajectory of the Russia-Ukraine conflict (Januar 2023), S. 5 <https://www.rand.org/pubs/perspectives/PEA2510-1.html>
- <https://www.kyivpost.com/post/198>
- <https://www.infosperber.ch/medien/ueber-die-netzwelt/das-ignorierte-angebot-russlands-briefe-vom-17-dezember-2021/>
- Ebda.
- Wortlaut auf: [https://develop.ostinstitut.de/files/de/2021/Ostinstitut\\_Vertrag\\_zwischen\\_der\\_RF\\_und\\_den\\_USA\\_über\\_Sicherheitsgarantien\\_OL\\_2\\_2021.pdf](https://develop.ostinstitut.de/files/de/2021/Ostinstitut_Vertrag_zwischen_der_RF_und_den_USA_über_Sicherheitsgarantien_OL_2_2021.pdf)
- [https://www.zeit.de/2022/51/angela-merkel-russland-fluechtlingskrise-bundeskanzler/komplettansicht?utm\\_referrer=https://www.google.com/](https://www.zeit.de/2022/51/angela-merkel-russland-fluechtlingskrise-bundeskanzler/komplettansicht?utm_referrer=https://www.google.com/)
- <https://www.swp-berlin.org/publikation/moskaus-verhandlungsoffensive>
- <https://www.derstandard.de/story/2000133464962/osze-meldet-zahlreiche-verstoesse-gegen-waffenruhe-in-der-ostukraine>
- <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/selenskyj-fordert-auf-der-muenchener-sicherheitskonferenz-unterstuetzung-17818948.html>
- [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_17120.htm?selectedLocale=de](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de)
- <https://www.theguardian.com/world/2008/sep/16/ukraine.russia>
- <https://www.nytimes.com/2022/11/02/magazine/russiatage-paul-manafort-ukraine-war.html>
- Charap/Priebe, a. a. O., S. 23
- Ebda., S. 26

■ Reinhard Lauterbach schrieb an dieser Stelle zuletzt am 29. Dezember 2022 über die Zustände in Polen.

■ Lesen Sie morgen auf den jW-Themaseiten:

**junge Welt-Kunstedition:  
»FFP2« von Heidi Vogel**

Von Andreas Wessel